


**54. Sitzung, Montag, 14. Mai 2012, 8.15 Uhr**

 Vorsitz: *Bernhard Egg (SP, Elgg)*
**Verhandlungsgegenstände**
**1. Mitteilungen**

- Antworten auf Anfragen ..... *Seite 3567*
- Zuweisung von neuen Vorlagen ..... *Seite 3567*

**2. Reduktion Sitzungsgelder für die Mitglieder des Kantonsrates**

 Motion von Martin Arnold (SVP, Oberrieden) vom  
13. Dezember 2011

 KR-Nr. 344/2011, 26. Januar 2012 (Stellungnahme) ..... *Seite 3568*
**3. Transparenz in der Parteienfinanzierung**

 Parlamentarische Initiative von Rosmarie Joss  
(SP, Dietikon), Hedi Strahm (SP, Winterthur) und  
Benedikt Gschwind (SP, Zürich) vom 29. August  
2011

 KR-Nr. 230/2011 ..... *Seite 3585*
**4. Standesinitiative zur Wiedereinführung des kantonalen Mitbestimmungsrechts bei Atommüllendlagern**

 Parlamentarische Initiative von Heidi Bucher (Grüne,  
Zürich), Markus Späth (SP, Feuerthalen) und Regula  
Kaeser (Grüne, Kloten) vom 19. September 2011

 KR-Nr. 255/2011 ..... *Seite 3607*

## 5. Standesinitiative für den Gleichstand der Untersuchungen von potentiellen Standorten für hoch radioaktiven Atommüll

Parlamentarische Initiative von Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Michèle Bättig (GLP, Zürich) und Markus Späth (SP, Feuerthalen) vom 19. September 2011

KR-Nr. 256/2011 ..... Seite 3621

### Verschiedenes

- Begrüssung einer Delegation aus Victoria, Australien ..... Seite 3627
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
  - *Gemeinsame Fraktionserklärung der SP, Grünen, AL und FDP zur Entlassung einer Heimleiterin der Heilsarmee aufgrund ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung*..... Seite 3630
  - *Fraktionserklärung der EDU zur gemeinsamen Fraktionserklärung der SP, Grünen, AL und FDP betreffend Entlassung einer Heimleiterin der Heilsarmee aufgrund ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung*..... Seite 3631
  - *Fraktionserklärung der EVP zur gemeinsamen Fraktionserklärung der SP, Grünen, AL und FDP betreffend Entlassung einer Heimleiterin der Heilsarmee aufgrund ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung*..... Seite 3631
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse ..... Seite 3632

### Geschäftsordnung

*Ratspräsident Bernhard Egg*: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion 344/2011 nicht zu überweisen.**

*Ratspräsident Bernhard Egg:* Das Geschäft ist um 9.05 Uhr erledigt.

### **3. Transparenz in der Parteienfinanzierung**

Parlamentarische Initiative von Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Hedi Strahm (SP, Winterthur) und Benedikt Gschwind (SP, Zürich) vom 29. August 2011

KR-Nr. 230/2011

*Die Parlamentarische Initiative hat folgenden Wortlaut:*

«Kantonsverfassung Art. 39 a (neu):

Offenlegungspflichten

Alle Parteien, die im Parteienregister nach Art. 76 a des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte eingetragen sind, im kantonalen Parlament vertreten sind oder bei den letzten Wahlen des kantonalen Parlaments mindestens 3 Prozent der Stimmen erreicht haben, müssen ihre Einnahmen offenlegen.

Unter die Offenlegungspflichten fallen die Namen der natürlichen und juristischen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben, mit Angaben der jeweiligen Beträge, Sach- und Geldzuwendungen. Ausgenommen sind Spenderinnen und Spender, deren Zuwendung insgesamt 5000 Franken pro Kalenderjahr nicht übersteigt.

Begründung:

Die Parteien gehören zu den bedeutendsten Akteuren in der Zürcher Politik. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie im Kanton Zürich. Diese Rolle wird unter anderem durch die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Parteispenden gewürdigt.

Für das Funktionieren einer Demokratie ist es unabdingbar, dass den StimmbürgerInnen bekannt ist, von wem Parteien unterstützt werden. Denn gerade substanzielle Parteispenden insbesondere von juristischen Personen sind nicht immer frei von Interessenbindungen und können die politische Ausrichtung einer Partei beeinflussen.

Die Transparenz bzgl. Parteienfinanzierung ermöglicht erst den Stimmbürgerinnen und -bürger ihr Recht auf freie Meinungsbildung wahrzunehmen und erhöht die Qualität unserer Demokratie.»

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* In einem Stück von Bertold Brecht heisst es: «Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber». Die Frage ist nur: Wie weiss ein Kalb, wer sein Metzger ist? Sollte nicht jedes Kalb doch die Möglichkeit haben, herauszufinden, ob der vermeintliche tierliebende Veganer dies tatsächlich ist oder eben doch ein Metzger mit Vorliebe für ein gutes Kalbsfilet? Ich denke, um diese Frage geht es in der Sache der Parteienfinanzierung und deren Transparenz. Es ist eben wichtig, dass die wählende Bevölkerung nicht nur weiss, was die Slogans der Parteien sind, was sie für Kandidierende hat, sondern auch, wer hinter ihr steht. Und da ist eben besonders wichtig, wo das Geld herkommt. Denn es heisst nicht ohne Grund «Geld regiert die Welt». Und wer Geld gibt, hat häufig auch Interessen. Das ist grundsätzlich nicht illegitim, aber man sollte zumindest wissen, wer das ist und welche Interessen er verfolgt. Dass die Öffentlichkeit ein grösseres Interesse an der Parteienfinanzierung hat, hat sich in letzter Zeit ja gezeigt. Man erinnert sich an die nationalen Debatten, die auf die Offenlegung von Spenden von Raiffeisen, Credit Suisse oder UBS gefolgt sind. Dort hat sich eben gezeigt, dass es sehr wohl ein Interesse dafür gibt, welche Interessen da vereinigt sind. Es gab auch eine sehr grosse Debatte darüber, sobald man überhaupt wusste, wo dieses Geld hingehet und wie viel.

Wir alle hier drin wissen, dass die Parteien eine wichtige Rolle im demokratischen System übernehmen. Deshalb haben wir ja auch gewisse Vorzüge. So gibt es im Steuergesetz Abzugsmöglichkeiten für Spenden an politische Parteien. Es ist ja auch kein Jahr her, dass gerade dieser Betrag in diesem Rat erhöht wurde. Und ich denke, dies ist auch ein weiterer Grund, weshalb man Transparenz in der Parteienfinanzierung schaffen sollte. Denn wo ein Recht ist, sollte auch eine Pflicht sein. Wenn jemand schon einen erheblichen Betrag von den Steuern abziehen kann, dann ist es nur recht, wenn dieser auch von der Partei offengelegt wird. Unsere Forderung in der Parlamentarischen Initiative ist nicht allzu radikal, sie ist eher gemässigt. Es geht nicht darum, dass man jegliche Kleinstbeträge an Spenden offenlegen muss, sondern dass nur die erheblichen Spendenbeträge offengelegt werden, welche nun tatsächlich auch eine gewisse politische Einflussmöglichkeit haben. Hier in der Schweiz ist es ja vielfach so, dass wir auch

sagen – man muss nicht bei jedem Tausender gleich nach der Transparenz rufen –, unterstützen, denke ich mal. Ich glaube, die Zukunft wird das auch zeigen: Die Schweiz als Insel in Europa, in der man über alles den Deckel hält, dieses Modell hat, glaube ich, nicht nur bei der Parteienfinanzierung, sondern auch in andern Gebieten hier in der Schweiz ausgedient.

*Benjamin Schwarzenbach (GLP, Zürich):* Parteien erfüllen eine öffentliche Funktion, indem sie die Interessen der Bevölkerung im Parlament vertreten. Dafür sind sie zumindest gewählt. Sie schulden der Stimmbevölkerung Rechenschaft darüber, welche Interessen genau sie vertreten. Es ist daher nur folgerichtig, dass sie ihre finanziellen Verbindungen transparent offenlegen. Es ist nach Ansicht der Grünliberalen auch korrekt, dass nicht jede Kleinspende offengelegt werden muss, weil das einerseits nicht praktikabel wäre und sich andererseits mit Kleinbeträgen auch kein wirksames Lobbying betreiben liesse. Aus diesem Grund liegt im tiefen vierstelligen Bereich oder darunter der Schutz der Privatsphäre höher als das Bedürfnis nach Transparenz. So halten es auch die Grünliberalen Zürich 1 und 2, meine Kreispartei: Alle unsere Spenden über 5000 Franken sind transparent ausgewiesen. Leider hatten wir bisher noch keine (*Heiterkeit*). Ob die Limite bei 5000 Franken korrekt angesetzt ist, darüber lässt sich diskutieren. Die Grundsatzkritik der FDP und der SVP teilen wir aber nicht. Da die Vorlage grundsätzlich die Haltung der Grünliberalen widerspiegelt, empfehlen wir Unterstützung derselben. Besten Dank.

*Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich):* Warum Offenlegung? Ein denkbarer Grund für Offenlegung ist der, dass eine allfällige Abhängigkeit gegenüber einem Spender offengelegt werden soll. Es soll nicht jemand eine Partei oder einen Kandidaten wählen, in der Annahme, dieser vertrete ein bestimmtes Programm, setze sich für bestimmte Ziele ein, und hernach tut er es gar nicht. Das ist ein valabler Grund für Offenlegung. Das ist aber der pathologische Fall, das ist der Ausnahmefall. Und nach allen Erkenntnissen über gute Regulierung sollte man nicht den Ausnahmefall zur Regel erheben. Denn im Normalfall bezahlen Personen und Organisationen an diejenigen Parteien und diejenigen Interessengruppierungen, die ihre Interessen vertreten, die gerade ihre Interessen vertreten. Darum unterstützen sie sie, weil die Partei, weil die Organisation gerade ihre Interessen unterstützt. Das zeigt auch,

dass Parteienfinanzierung positive Effekte hat, etwas Gutes ist. Denn derjenige, der etwa der SP einen Betrag bezahlt, der unterstützt damit die Anliegen der nicht zahlenden SP-Wähler, indem er es der SP ermöglicht, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Das ist also etwas grundsätzlich Positives. Hinzu kommt, dass der pathologische Fall, also der Fall, in dem eine Partei sich plötzlich nach den Interessen des Spenders richtet, in der Öffentlichkeit geschieht, nämlich hier. Wenn also beispielsweise die SP sich plötzlich für eine liberale Bankenregulierung einsetzt, dann wissen wir: Aha, es ist Geld geflossen und die Wähler können das bei nächster Gelegenheit honorieren, so wie sie es honorieren wollen. Das ist der Unterschied zur Korruption eines Beamten. Dort geschieht es unter dem Deckel, wo man es nicht sieht. Hier aber, wenn Parlamentarier plötzlich wie Windfahnen die Interessen der Spender vertreten, ist das publik, es steht morgen in der Zeitung.

Ein zweiter Grund, weshalb die Parteienfinanzierung oder deren Transparenz denkbarerweise geboten sein könnte, ist das Argument, dass Parteien und damit ihre Mittel den demokratischen Prozess beeinflussen. Das mag in einer vollends repräsentativen Demokratie mit zwei grossen Parteienblöcken gerechtfertigt sein, für die Schweiz trifft das aber mit ihren direktdemokratischen Elementen und der Vielfalt an Parteien nicht zu. Einerseits deshalb nicht, weil die Bürger sich selber immer auch wieder in die Politik einschalten; da könnte man sagen, sie mischen sich immer wieder in die Politik ein. Sie müssen sich laufend über Sachgeschäfte neu informieren, haben ein ungleich viel stärkeres politisches Sensorium als in anderen Staaten. Darum fällt es ihnen auch auf, wenn eine Partei – ein rein fiktives Beispiel – plötzlich versuchen würde, mit sehr vielen Geldmitteln Wählerstimmen zu gewinnen. Das honorieren die Wähler überhaupt nicht. Andererseits ist es eben anders als namentlich in Deutschland, in den USA, in England und in Frankreich, wo wir nur zwei grosse Blöcke haben. Bei uns gibt es eine Vielzahl von Parteien. Wir haben das Konkordanzsystem. Mithin lohnt es sich, rein rational gesehen, gar nicht, eine Partei einseitig allzu stark zu finanzieren. Gerade das haben die UBS und die CS erkannt.

Und ein dritter Grund, es ist schon gesagt worden: Politische Präferenzen sind eine höchst persönliche Angelegenheit. Vielleicht ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass Sie mit Freunden, mit denen Sie einen guten Kontakt haben, über alles und jedes sprechen können. Aber das politische Feld meiden Sie, weil Sie wissen, dass man darüber

nicht reden will. Das sind höchst persönliche Dinge, man will sich darob nicht in die Haare geraten. Und Personen, die Parteien unterstützen wollen, als Form politischen Engagements, wollen folglich nicht an den Pranger gestellt werden, weil sie ihre politische Präferenz als etwas höchst Persönliches anschauen. Und diese Kontur des Höchstpersönlichen sollten wir nicht zerstören, wenn es in der Schweiz – und wir sind hier in der Schweiz –, wenn es in der Schweiz keine zwingenden Gründe gibt, von diesem System, wie wir es jetzt haben, von diesem sinnvollen System der Parteienfinanzierung abzu- sehen. Darum bitte ich Sie, den Vorstoss nicht zu unterstützen. Vielen Dank.

*Patrick Hächler (CVP, Gossau):* Die CVP wird diese PI nicht vorläufig unterstützen. Der Ruf nach Transparenz ist an sich gut, da haben wir absolut Verständnis. Auf der anderen Seite steht natürlich die Forderung nach Datenschutz, und da die Gratwanderung zu finden, ist sicher nicht ganz einfach. Eine Frage stellt sich zum Beispiel: Warum werden hier nur die Parteien genannt? Ich stelle fest, dass es in diesem Land sehr viele andere Player gibt, die Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen. Mit welchem Erfolg, darüber kann man streiten. Da könnte man den Bund der Steuerzahler erwähnen oder die Gewerkschaften, irgendwelche Komitees. Da gibt es diverseste Organisationen, die mindestens in dem Ausmass Einfluss auf die Meinung der Stimmenden haben. Kommt dazu, wenn wir so ein System einführen: Die Umgehung ist natürlich wirklich sehr einfach, da brauchen Sie, glaube ich, keine Ratschläge, wie man das machen könnte. Und wenn man das umgekehrt wieder verhindern wollte, müsste man einen Kontrollapparat aufziehen, und das kann es ja auch nicht sein. Wenn allenfalls etwas kommen sollte, müssten wir mindestens über die Limite diskutieren; die scheint mir etwas tief zu sein. Aber das ist vermutlich gar nicht das Thema. Ich denke, diese Parlamentarische Initiative hat im Moment ja keine grösseren Chancen. Was allenfalls mal ein Thema wäre, wären etwas übergeordnete Gedanken zum Thema «Parteienfinanzierung», da könnte man das allenfalls platzieren. Aber das ist offenbar mit dieser PI im Moment auch nicht das Ziel.

Wie gesagt, wir werden die Parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen.